



Pressemitteilung:

Volksinitiative gegen das Gendern in Niedersachsen beendet Kampagne

Viel Zuspruch von den Bürgern, aber bürokratische Hürden

Die Volksinitiative "Stoppt Gendern in Niedersachsen" ist die von der Landeswahlleitung nach den §§ 3 bis 11 Niedersächsisches Volksabstimmungsgesetz (NVAbstG) genehmigte Bürgerinitiative, die im Zeitraum 08.03.2024 bis 07.03.2025 Unterschriften gegen die Verwendung der Gendersprachformen im öffentlichen Bereich (Schulen, öffentlicher Dienst, Hochschulen) sammelt.

Mitinitiator Dr. Achim Sohns: „In diesem Zeitraum haben wir hunderte Infostände quer durch Niedersachsen von Buxtehude bis Einbeck, von Goslar bis Norden, eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen und mehrere Demonstrationen (<https://stoppt-gendern-in-niedersachsen.de/unsere-veranstaltungen/>) veranstaltet und unendlich viel Zuspruch durch die Menschen in Niedersachsen und eine herausragende mediale Resonanz (<https://stoppt-gendern-in-niedersachsen.de/reaktionen-in-den-medien/>) bekommen. Wir haben der Bevölkerung Mut gemacht und gezeigt, dass Widerstand gegen diese ideologische Kunstsprache möglich ist.“

Das niedersächsische Volksabstimmungsgesetz ist undemokratisch.

Aus Sicht der Volksinitiative ist das Niedersächsische Volksabstimmungsgesetz dringend zu überarbeiten. Dr. Achim Sohns: „Während Politiker von SPD und GRÜNE täglich betonen, wie wichtig und bedroht die Demokratie sei, sind Volksinitiativen und Volksbegehren in Niedersachsen so organisiert, dass diese ohne monatelanges Engagement der Bürger nicht erfolgreich sein können: Es scheitert bereits daran, dass die Landesbehörden die Bürger über die Möglichkeit der Teilnahme nicht informieren und damit von der Möglichkeit abzustimmen niemand weiß. Vielmehr müssen Unterschriften auf Papierformularen (!) bürokratisch gesammelt werden, die dann von den Gemeinden geprüft werden. Erst danach können die Unterschriften der Landeswahlleitung übergeben werden, die die Papierformulare erneut überprüft. Online-Verfahren sind in Niedersachsen rechtlich unzulässig. Chancen auf einen Erfolg haben daher nur Volksinitiativen, die mit erheblichen Mitteln von mehreren Hunderttausend Euro oder der Unterstützung einer Vielzahl von Organisationen mit entsprechenden Ressourcen aufwarten können.“

Nur Geld und Einfluss würden so den Erfolg einer Volksinitiative sichern, nicht der wirkliche Wunsch der Bürger, den herauszufinden Aufgabe eines Mitbestimmungsgesetzes wäre. In einer aktuellen Umfrage in Niedersachsen auf t-online wenden sich 80 Prozent der Bevölkerung gegen das Gendern.

Viele Bürger sind eingeschüchtert. Eine Aufgabe an die Opposition in Niedersachsen.

Mitinitiator Dr. Alexander Börger: „Zahlreiche Bürger waren zudem eingeschüchtert, befürchteten sogar berufliche oder private Nachteile bei Unterstützung der Volksinitiative. Es ist nun an den Landtagsparteien, die fälligen Konsequenzen zu ziehen. Manche Unterschrift haben wir nicht bekommen, weil viele an ein Einsehen von Rot-Grün nicht glauben wollen und sich stattdessen gleich einen Volksentscheid gewünscht hätten. Andere wiederum wollten elektronisch unterschreiben, was das dringend überarbeitungsbedürftige Niedersächsische Volksabstimmungsgesetz aber nicht zulässt.“



Die Initiatoren, Mitstreiter und Unterstützer der Volksinitiative (landesweit mehr als 100 Personen) sind sich einig: „Die Arbeit war trotz aller Anfeindungen, Diffamierungen und krimineller Angriffe - die Volksinitiative hat ein gutes Dutzend Verfahren wegen Verleumdung, versuchter Körperverletzung und Diebstahl eingeleitet - die Mühe wert.“

„Wir werden uns weiter für ein verständliches, minderheitengerechtes, diskriminierungsfreies und demokratisches Deutsch einsetzen“, sagt Sohns, „und für uns gelten weiter die Feststellungen des Rechtschreibrats, die aufgrund des amtlichen Regelwerks auch für alle niedersächsischen Behörden, Bildungseinrichtungen und Gerichte verbindlich sind.“

Das Quorum von 70.000 Unterschriften war unter den gegebenen Umständen nicht zu erreichen. Das politische Ziel, die Kritik und Ablehnung der Gendersprachformen in die Öffentlichkeit zu tragen, wurde erreicht. Die Volksinitiative war deswegen als Protestaktion erfolgreich und die Initiatoren danken allen Unterstützern von ganzem Herzen. Die CDU Niedersachsen hat mitgeteilt, dass die Ablehnung der Gender-Sprachformen im öffentlichen Bereich Gegenstand des Landtagswahlprogramms für das Jahr 2026 werden soll.

Dr. Achim Sohns (T: 01575 872 66 10) und Dr. Alexander Börger (T: 0160 98 184 777), kontakt@stoppt-gendern-in-nieder-sachsen.de, Homepage www.stoppt-gendern-in-niedersachsen.de.